

Fokus Menschenrechte

Nr. 34 / April 2016



Coming-out der Homophoben

Moritz Kleine-Brockhoff, Sinta Suriyani

In Indonesien lebten Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) lange überwiegend zurückgezogen, wurden aber mit traurigen Ausnahmen nicht bedroht. Nun ist ein Homophobie-Sturm ausgebrochen. Politiker, Religions-Gruppen und viele andere diffamieren Homosexualität als „krank“, „unmoralisch“ und „gefährlich“.

Zusammenfassung

Indonesiens LGBT-Community steht seit Januar unter Druck. Der nationale Psychiaterverband kategorisierte Transsexuelle als „Personen mit mentalen Störungen“ und Homosexuelle sowie Bisexuelle als „Personen mit mentalen Problemen“. Verschiedene Minister äußerten sich abfällig, die Rundfunkkommission will Programme einschränken, um Kinder und Jugendliche „vor so einem Lebenswandel“ zu schützen. Vertreter mehrerer Religionen erklärten Homosexualität zur Sünde, manche fordern ein Gesetz, das LGBT-Aktivitäten unter Strafe stellen soll. Gleichzeitig kamen einige NGOs der LGBT-Community mit unterstützenden Erklärungen zur Hilfe. Der wichtigste Mann im Staat, Indonesiens Präsident Joko Widodo, schweigt.

Als Indonesiens Minister für Technologie, Forschung und höhere Bildung sich Ende Januar gegenüber dem online-medium DETIK.COM zu Homosexualität äußerte, hatte er bestimmt keine Ahnung, welchen Sturm er auslösen würde:

„LGBT-Aktivitäten sind nicht im Einklang mit den Werten und der Moral Indonesiens. Ich verbiete LBGT-Gruppen an allen Universitäten, die unter meinem Ministerium stehen“

,sagte der Minister. Er fand, dass LGBT „die Moral der Nation korrumpieren“. Zuvor hatten sich Studenten der UNIVERSITY OF INDONESIA im Süden Jakartas über eine von Kommilitonen gegründete Gruppe beschwert, die mit Flugblättern unter anderem Beratung für LGBT anbot. Als das Zitat des Ministers Wellen schlug, ruderte er per Twitter zurück: „Ich verbiete nicht alle LGBT-Aktivitäten an Universitäten sondern nur Sex und öffentliche Zuneigung. Lesbisch oder schwul zu

sein ist das Recht jedes Individuums.“ Seine Twitter-Nachricht ging unter. Seine erste Äußerung zu Werten und Moral motivierte dagegen viele Indonesier, die sich wohl schon lange über LGBT aufregen wollten und nun konnten, weil das Tabuthema plötzlich Thema war. Ergebnis war ein Coming-out der Homophoben - bei ganz wenigen Gegenstimmen. Politiker, Islam-Gruppen und viele Andere schaukelten sich regelrecht hoch und diffamierten Homosexualität als „krank“, „unmoralisch“ und „gefährlich“.

Ein anderer Minister, zuständig für Schulbildung und zuvor eigentlich mit liberalem Ruf, sagte: *„Um Kinder davor zu beschützen, LGBT zu werden, sollten Eltern und Lehrer wissen, dass Werte im frühen Alter vermittelt werden.“* Indonesiens Psychiatrieverband kategorisierte Transsexuelle als *„Personen mit mentalen Störungen“* und Homosexuelle sowie Bisexuelle als *„Personen mit mentalen Problemen“*. Das Gesundheitsministerium attestiert LGBT heftige Depressionen:

„Die Person sollte sofort zu einem geeigneten Psychiater gehen und nicht zu LGBT-Unterstützerguppen, die sie mit anderen Personen zusammenbringen, welche die selben psychischen Probleme haben“

,sagte der Generalsekretär des Gesundheitsministeriums. Indonesiens Verwaltungsminister findet, es sei *„unangemessen“* für Beamte, homosexuell zu sein. Der Verteidigungsminister geht noch weiter. Er sieht LGBT-Aktivitäten als Teil eines Stellvertreterkrieges und befürchtet, dass *„der Feind die Kontrolle über die Nation haben wird“*. Gehirnwäsche werde alles zerstören, das sei gefährlich.

LGBT - Comicfiguren könnten öffentliche Unruhen auslösen

Es blieb nicht bei Rhetorik. Indonesiens Vizepräsident forderte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) auf, in Indonesien ein regionales UN-Projekt einzustellen, das helfen sollte, Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt gegen die LGBT-Community zu beenden. Die staatliche Rundfunk-Kommission nutzte die Zeichen der Zeit, um gegen schwule

Talkshow-Hosts und transsexuelle Künstler vorzugehen, die jahrelang problemlos im Fernsehen aufgetreten waren. Die Kommission wies alle TV- und Radiosender an, keine Programme mehr zu senden, die Aktivitäten der LGBT-Community *„fördern“*. Kinder und Teenager müssten vor *„so einem Lebenswandel“* geschützt werden. Der Aufruf der Rundfunk-Kommission wurde von der staatlichen Kinderschutz-Kommission unterstützt. Eine Sprecherin sagte:

„Wir lehnen jegliche LGBT-Kampagnen oder Propaganda ab, weil diese gegen unsere Regularien verstoßen, die Kinder schützen. Die Kommission verlangt, dass die Regierung unsere Kinder von abweichenden sexuellen Orientierungen schützt.“

Indonesiens Informations- und Kommunikationsministerium wies den Betreiber der Kommunikations-App LINE an, keine elektronischen Bilder mehr anzubieten, die gleichgeschlechtliche Zuneigung zeigen. Die kleinen Bilder – sie zeigen Comicfiguren, die sich umarmen und küssen – könnten laut Ministerium *„potentiell öffentliche Unruhen“* auslösen. Die Sorgen von Müttern bezüglich negativer Auswirkungen von LGBT-Comikfiguren müssten ernst genommen werden. Für LINE ist Indonesien mit 30 Millionen Nutzern der weltweit zweitgrößte Markt. Die japanische Firma knickte ein, entfernte die Comicfiguren, entschuldigte sich und versprach, dass *„so etwas nicht wieder vorkommt.“* Das Kommunikationsministerium kündigte an, falls nötig auch Facebook und WhatsApp zu belangen.

Ende Februar stufte Indonesiens RAT DER ISLAMISCHEN GELEHRTEN (MUI) - eine konservative, religiöse Instanz, die Fatwas (islamische Rechtsgutachten) erlässt - LGBT-Aktivitäten als *„haram“* ein, also als verboten. Der MUI-Vorsitzende sprach von Verbrechen, die strafverfolgt werden sollten:

„LGBT-Aktivitäten verstoßen gegen die nationale Ideologie der Pancasila und gegen die Verfassung. Sie verstoßen auch gegen einen MUI-Erlass bezüglich lesbischer Aktivitäten, Sodomie und Obszönitäten, die haram sind und als Verbrechen

gelten. Wir unterstützen neue Regularien, die LGBT-Sexualität sowie andere abweichende Arten von Geschlechtsverkehr verbieten. Wir unterstützen Strafverfolgung derjenigen, die involviert sind, inklusive der Gruppen, die LGBT-Aktivitäten in Indonesien unterstützen, anregen oder finanzieren.“

Die islamischen Gelehrten sehen eine „gefährliche Krankheit“, die HIV und AIDS verbreiten könne. Falls LGBT-Aktivitäten nicht gestoppt würden, könnten weitere Konflikte ausbrechen, die Moral und Kultur bedrohen. Niemand verstand, dass der MUI-Vorsitzende gleichzeitig sagte, man solle die LGBT-Community nicht hassen. Den Ausführungen seines konservativen Islamrates schlossen sich auch moderate Gruppen an. Die NAHDLATUL ULAMA (NU), mit etwa 40 Millionen Mitgliedern Indonesiens größter Islam-Verband, steht normalerweise für Pluralismus und Toleranz. Anders beim Thema LGBT: „LGBT-Aktivitäten sollten verboten und als Verbrechen eingestuft werden“, sagte auch der NU-Vorsitzende. Er forderte das Parlament auf, ein entsprechendes Gesetz zu entwerfen: „Das Gesetz sollte auch eine Rehabilitierung für alle Personen mit LGBT-Charakteristiken vorsehen, sodass sie zur Normalität zurückkehren.“ Der Haltung der NU schloss sich die ihr nahestehende Partei an, die moderat-islamische PKB. Beides schockierte viele Beobachter. Sowohl die NU als auch die PKB, derzeit immerhin Mitglied der Regierungskoalition, hatten bisher immer für die Rechte von Minderheiten eingestanden.

Zwei Tage nach der MUI-Fatwa gegen LGBT besuchten Vertreter anderer Religionen das Büro des Islamrates in Jakarta. Die indonesische Bischofskonferenz, der indonesische Buddhistenverband und das oberste Gremium der Konfuzianer in Indonesien waren sich überwiegend mit dem Rat der islamischen Gelehrten einig. Alle gaben eine gemeinsame Erklärung ab: LGBT verstoße gegen religiöse Normen, gegen die Verfassung und gegen das Ehegesetz. Man

solle nur auf die LGBT-Community zugehen mit dem Ziel, sie zu „reformieren“. Nicht einig waren sich Vertreter der verschiedenen Religion über die Frage, ob ein Gesetz, das LGBT kriminalisiert, nötig sei. Der Vertreter der Konfuzianer sagte, nur der Islamrat fordere ein solches Gesetz während die anderen Religionsvertreter dadurch nur noch mehr Kontroverse befürchteten. Vertreter von Protestanten und Hindus blieben dem Treffen fern.



Indonesiens Islamrat erlässt eine Fatwa gegen LGBT-Aktivitäten.

Foto: JAKARTA POST

„Lesben & Homos: kommt nicht in unsere Gegend!“

In einer angespannten Atmosphäre hängten Polizisten ihre Fahne in den Wind. Als Mitglieder der militanten ISLAMISCHEN VERTEIDIGUNGSFRONT (FPI) bei einem LGBT-Workshop in einem Hotel in Jakarta auftauchten und sich über die Veranstaltung beschwerten, kamen 25 Polizisten in die Lobby. Der Workshop stand unter dem Titel „LGBT-Rechte sind Menschenrechte“. Statt den Workshop zu schützen, lösten die Polizisten die Veranstaltung auf. In der Großstadt Surabaya wurde eine Party verhindert, bei der Informationen über HIV verbreitet werden sollten. Das regionale Gesundheitsministerium und die nationale AIDS-Kommission hatten die Veranstaltung unterstützt, doch das interessierte den Gouverneur der Provinz Ost-Java nicht: „Ich habe sichergestellt, dass die Pläne der Schwulen-Community für eine Party in Surabaya heute Abend abgesagt sind“, gab er per Twitter

bekannt. In der Stadt Yogyakarta stoppten Polizisten eine geplante pro-LGBT Demonstration. Konservative Islamgruppen hatten zuvor anti-LGBT Poster in der Stadt aufgehängt, die bis heute hängen: „Lesbisch oder schwul zu sein ist kein Menschenrecht sondern krank.“ Südlich von Yogyakarta, in Bantul, schlossen Behörden auf Druck einer konservativen Islamgruppe ein Internat, in dem Transgender zuvor jahrelang unbehelligt Religion studiert hatten. In der Stadt Bandung durchsuchten FPI-Schlägertrupps Wohnheime, in denen sie Homosexuelle vermuteten. Zudem hängte die FPI Poster auf: „Lesben & Homos: kommt nicht in unsere Gegend!“. Immerhin ließ der Bürgermeister von Bandung die Plakate entfernen. Gleichzeitig kündigte er aber auch an, öffentliche Stellungnahmen für die LGBT-Community ebenfalls zu unterbinden.



Pro-LGBT Demonstration in Jakarta: „Homosexualität ist keine mentale Störung“

Foto: JAKARTA POST

In Indonesien, wo 90 Prozent der 250 Millionen Einwohner Moslems sind, sind manche LGBT-Aktivitäten bislang nur in der autonomen Provinz Aceh illegal, wo islamisches Recht gilt. Analsex zwischen Männern und körperliche Nähe zwischen Frauen können mit bis zu 100 Stockhieben bestraft werden. Sie werden öffentlich vollstreckt. Im Rest des riesigen Landes sollte eigentlich kein Gesetz gelten, das sexuelle Orientierung einschränkt. Allerdings öffnete 2008 ein Anti-Pornographie-Gesetz die Tür zur Diskriminierung: es nennt homosexuellen Geschlechtsverkehr „deviant“. Bereits vier Jahre zuvor hatten Lokalpolitiker in der Stadt Palembang auf Sumatra Regularien erlassen, die LGBT-Aktivitäten mit Prostitution gleichsetzen,

welche dort mit bis zu sechs Monaten Gefängnis bestraft werden kann. Ganz abgesehen von der Unverschämtheit: Lokalregularien sind umstritten, auch in diesem Fall, denn es gibt keine nationale Gesetzgebung, die Prostitution verbietet. Derartige Lokalregularien, die sich an islamisches Recht anlehnen, sowie der aktuelle Feldzug gegen die LGBT-Community sind im Kontext einer seit etwa 15 Jahren anhaltenden politischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen, die aus dem eigentlich weltoffenen Indonesien ein immer konservativeres Land macht. Zum Beispiel will das Parlament sich bald mit einem Gesetzentwurf befassen, der Alkohol verbietet. Es würde nicht überraschen, wenn die Parlamentarier auch der jüngsten Forderung der Islamgelehrten nachkommen, LGBT-Aktivitäten unter Strafe zu stellen. Populär wäre das: laut einer Umfrage des [Pew Research Center](#) aus dem Jahr 2013 finden 93 Prozent der Indonesier, daß die Gesellschaft Homosexualität nicht akzeptieren sollte. Gesetzgebungsverfahren ziehen sich in Indonesien in der Regel viele Jahre lang hin. Unmittelbar hat die LGBT-Gemeinschaft eher die Sorge, dass Ministerien ohne Parlaments-Einbindung Erlasse bekannt geben, die LGBT diskriminieren - zum Beispiel durch noch strengere Medienregulierung. Auch lokale Behörden könnten neue Regularien erfinden. In Acehs Regierungsbezirk Bieruen ist das Mitte März bereits passiert: die lokale Scharia-Behörde teilte Betreibern von Schönheitssalons schriftlich mit, dass sie ihren Gewerbeschein verlieren, wenn sie LGBT einstellen. Die neue Restriktion trifft vor allem Transgender, denn einige arbeiten in Schönheitssalons. Bislang war das kein Problem sondern normal gewesen, sie wurden geschätzt.

Stillschweigende Toleranz im Umfeld

Früher war Indonesien liberaler. In den 60er Jahren hatte Jakartas Gouverneur die Gründung des Jakarta Transgender Verbandes (HI-WAD) ermöglicht. Es folgte die Gründung von LGBT-Organisationen wie LAMBDA INDONESIA und GAYA Nusantara. Die Demokratisierung nach dem Sturz von General Suharto im Jahr 1998 brachte noch mehr Freiheit. In Yogyakarta und in Jakarta fanden Festivals mit Schwulen- und

Lesbenfilmen statt. Es gab einen Minister, dessen Homosexualität bekannt war. 2006 trafen sich in Indonesien Menschenrechtsexperten und veröffentlichten die Yogyakarta-Prinzipien zur Anwendung von internationalen Menschenrechts-Gesetzen bezüglich sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Gleichzeitig war manches, wie so oft in Indonesien, facettenreich oder gar widersprüchlich. Während LGBT ganz überwiegend Tabuthema blieb, gab es jahrelang die schwulen Talkshow-Hosts und die transsexuelle Künstler, die jetzt plötzlich aus dem Fernsehen verschwinden sollen. Die Filmfestivals fanden statt, zogen aber bereits vor Jahren manchmal Schlägertrupps der FPI an. Mitten in Jakarta, am Rande des teuersten Wohnviertels Menteng, gibt es seit Jahrzehnten einen Straßenstrich, auf dem Transsexuelle jede Nacht auf Freier warten. Breite Ablehnung von Homosexualität per se durch die allermeisten Indonesier geht einher mit stillschweigender Toleranz von Homosexuellen im direkten Umfeld - solange sexuelle Orientierung nicht zu offensichtlich nach Außen gekehrt wurde. In Nischen kann Homosexualität ausgelebt werden: in der Kunstszene, auf High-Society-Parties und in manchen Clubs Jakartas, auf der vergleichsweise liberalen Insel Bali in schicken Stranclubs und auf einer Straße mit einem Dutzend Schwulen-Bars sowieso. Wer aber nicht in so einer Nische leben möchte oder kann, der muss seine sexuelle Orientierung in der Regel verleumden. Zahlreiche Schwule in Indonesien entscheiden sich irgendwann, eine Frau zu heiraten, weil sie sonst schief angeschaut werden. Unterm Strich muss Indonesiens LGBT-Community überwiegend zurückgezogen leben – aber sie wurde vor Beginn des aktuellen Diskuses wenigstens nicht öffentlich diffamiert oder gar bedroht.



Freiheit: In Nischen kann Homosexualität ausgelebt werden: High-Society-Party in Jakarta

Ende November vergangenen Jahres war in Bekasi, einer Stadt mit 2,5 Millionen Einwohnern, die an Indonesiens Hauptstadt Jakarta grenzt, sogar Unterstützung der LGBT-Community geplant. Bekasi's Bürgermeister sprach von „LGBT-Bürgern“ und kündigte an, deren Aktivitäten mit öffentlichen Mitteln zu fördern.

„Die sozialen Folgen, sie zu ignorieren, können so negativ sein. Deshalb müssen wir uns um sie kümmern. Programme von gleichgeschlechtlichen Paaren sollten wir gemeinsam planen, damit sie problemlos laufen“,

sagte der Bürgermeister. Er sprach von Veranstaltungen der LGBT-Community und der Unterstützung von Geschäftsideen. Die Initiative war eine kleine Sensation. „Wir hätten uns nicht vorstellen können, dass ein Regierungsbeamter in Indonesien progressiv genug ist, zu sagen, dass LGBT genauso viel Respekt und Unterstützung verdienen wie jeder im Land“, lobte das online-medium COCONUTS JAKARTA. Stunden später ruderte der Bürgermeister, sein Stellvertreter hatte sich distanziert, zurück: Er habe das

nicht so gemeint, es werde keine Diskriminierung geben, aber auch keine finanzielle Unterstützung. Damit war das Thema erledigt. Warum dagegen zwei Monate später durch die Äußerungen des Ministers für höhere Bildung bezüglich der LGBT-Gruppe an der UNIVERSITY OF INDONESIA so ein Sturm ausbrach, ist

unerklärlich. Für einen gefährlichen Höhepunkt der aktuellen Kampagne ist ein Ex-Minister der konservativen Islampartei PKS verantwortlich. Er zitierte per TWITTER, wo ihm eine Million Menschen folgen, eine Überlieferung (hadith) des Propheten Muhammed, welche die Aufforderung enthält, Homosexuelle zu töten.

Foto: Stiftung für die Freiheit

„Homosexuelle haben das Recht, geschützt zu werden.“

Bislang kamen nur wenige prominente Politiker der LGBT-Community zur Hilfe. Jakartas Gouverneur sagte, niemand habe das Recht, über die sexuelle Orientierung eines anderen zu richten. Indonesiens koordinierender Minister für Politik, Gesetz und Sicherheit sagte:

„Er oder sie bleiben Bürger Indonesiens. Sie haben das Recht, geschützt zu werden. Ich bin nicht einverstanden mit Verreibungen, Töten oder so was. Ich möchte, dass wir ein zivilisiertes Land werden.“

Später sagte der Minister vor parlamentarischen Ausschüssen zu Homosexualität: *„Ja, ich sehe ein, dass Religion das verbietet. Aber für mich ist es ein Recht.“* Leider bezeichnete auch er Homosexualität als Krankheit, die geheilt werden müsse. Ähnlich – also einerseits unterstützend und gleichzeitig diskriminierend – äußerte sich der Religionsminister: *„Der Kern des Islam ist Humanismus. Deshalb ist es unsere Pflicht, besonders die unserer Religions-Führer, dafür zu sorgen, dass Homosexuelle nicht ausgeschlossen werden.“* Gleichzeitig sieht der Minister eine *„Gefahr für religiöses Leben und für die Staatsideologie“*.



Forderung nach Freiheit: „Schwulenrechte sind Menschenrechte“

Foto: JAKARTA POST

Uneingeschränkt unterstützend positionierte sich nur eine Politikerin im Land: die Parlamentarierin Eva Sundari. Sie gehört der ansonsten peinlich stillen Regierungspartei PDI-P an, die eigentlich kollektiv für Pluralismus und Minderheitenschutz stehen sollte. Eva Sundari schrieb

ohne Rücksicht auf politische Allianzen einen Meinungsartikel in der Zeitung JAKARTA POST, in dem sie „Hassreden führender Politiker“ kritisiert:

„Am meisten irritiert, dass Rhetorik von den höchsten Autoritäten der indonesischen Regierung fließt – also von genau denjenigen, die dafür verantwortlich sind, die Rechte und die Sicherheit aller Bürger unter der Verfassung zu schützen.“ Und Sundari schrieb: „Versuche, LGBT-Personen um ihre Rechte zu bringen, reflektieren nicht die Gemeinschaft, die Indonesien historisch war oder die, die sie in Zukunft anstreben sollte.“

Uneingeschränkte Unterstützung erfuhr die LGBT-Community auch von einer staatlichen Institution, der Menschenrechtskommission:

„Das Recht der LGBT-Community, sicher zu sein und sich zu versammeln, ist jüngst in Frage gestellt worden, ausgelöst von Aussagen von Regierungsbeamten, welche zu Stigmatisierung und Diskriminierung geführt haben. Aber diese Rechte sind in der Verfassung garantiert. Die Kommission drängt den Staat, die LGBT-Community zu schützen und ihre Rechte zu erfüllen. Regierungsbeamte sollten negative Aussagen unterlassen, die zu Gewalt gegen die LGBT-Community führen könnten. Polizeibeamte sollte Gewalt gegen LGBT stoppen. Medien sollten neutral sein. Die Gesellschaft sollte nicht diskriminieren“,

heißt es in einer Erklärung der Menschenrechtskommission. Einige NGOs stimmen bei. Eine Allianz aus 22 NGOs erklärte, jede Form von Diskriminierung und Gewalt gegen die LGBT-Community sei abzulehnen. Eine Schwulen-Gruppe forderte Indonesiens Präsidenten in einem offenen Brief auf, LGBT-Rechte zu schützen. Die Gesellschaft für Familienplanung und Indonesiens Frauen-Koalition (KPI) stellten sich auch auf die Seite der LGBT-Community, das Institut ELSAM, die NGO KONTRAS und einige andere ebenfalls. *„Homosexualität ist kein Verbrechen, und es ist auch nichts abweichendes. Es ist nur Präferenz und es ist privat“*, sagte der Kontras-Chef. Deutlich

äußerte sich auch Todung Mulya Lubis, einer der renommiertesten Menschenrechtsanwälte des Landes:

„Menschenrechte unterscheiden nicht nach Personen. Die Regierung darf keine Favoriten haben beim Schutz der Bürger. Ob sie heterosexuell sind, schwul, lesbisch oder transgender - sie müssen alle geschützt werden. In den Augen des Gesetzes sind wir alle gleich.“

Zudem gibt es in Indonesien manche, die LGBT unterstützen, sich aber nicht trauen, das öffentlich zu sagen. Zum Beispiel gibt es innerhalb der staatlichen Kinderschutz-Kommission, die sich über LGBT aufregte, auch andere Meinungen – und in manchen Ministerien ebenfalls.

Moral-Panik: „LGBT ernste Gefahr“

Indonesiens Medien berichten unterschiedlich über den Diskurs im Land, Homophobie überwiegt. Das wichtige Wochenmagazin TEMPO sowie die englischsprachige JAKARTA POST, die kaum ein Indonesier liest, unterstützen Indonesiens LGBT-Minderheit, die englischsprachige Online-Publikation JAKARTA COCONUTS ebenfalls. Dort beschrieb eine Autorin die aktuellen Vorgänge als „Moral-Panik“. Viele indonesischsprachige Medien beteiligen sich leider an der Panikmache: „LGBT ernste Gefahr“ lautete eine Überschrift auf der Titelseite von REPUBLIKA, einer der größten Tageszeitungen des Landes. REPUBLIKA hat eine konservativ-islamische Agenda und führt eine regelrechte Anti-LGBT-Kampagne. Eine andere Zeitung veröffentlichte eine Liste von zehn Merkmalen, an denen man Schwule erkennen könne. Beim JAKARTA GLOBE - eine englischsprachige Publikation, die früher gedruckt wurde und mittlerweile nur noch

online erscheint - wurden Redakteure jüngst während einer Sitzung auf Linie gebracht. Die Besitzer des JAKARTA GLOBE seien Christen, LGBT-freundliche Berichterstattung sei ab sofort zu unterlassen. Die sozialen Medien - eigentlich weltweit im guten Ruf, progressive Botschaften zu verbreiten – dienten als Brandbeschleuniger der anti-LGBT Stimmung. Indonesien hat die drittgrößte TWITTER-Gemeinde der Welt.

Sexuelle Orientierung alleine kann nicht als Störung angesehen werden

Regionale Bündnisse und internationale Organisationen unterstützten Indonesiens LGBT-Community. „Wir sind sehr enttäuscht über den mangelnden politischen Willen der indonesischen Regierung, die Welle der diskriminierenden Äußerungen und Angriffe auf LGBTIQ-Personen zu stoppen und über das Versagen, ihre Sicherheit und ihren Schutz sicherzustellen“, schrieb das Bündnis ASEANcats, dem 100 asiatische Organisationen angehören.



Indonesiens Präsident Jokowi verpflichtete sich in seinem Wahlprogramm, die Rechte von „marginalisierten Gruppen“ zu schützen.

Foto: Stiftung für die Freiheit

AMNESTY INTERNATIONAL rief Indonesiens Behörden dazu auf, „ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu respektieren und Diskriminierung zu beenden.“ Indonesiens Psychiaterverband, der Homosexualität mit men-

talent Störungen gleichgesetzt hatte, bekam einen Brief vom Präsidenten des amerikanischen Psychiatrie-Verbandes. Darin heißt es:

„Wir bitten Sie, Ihre Position zu überdenken, weil die jüngsten und besten wissenschaftliche Belege zeigen, dass sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität natürlich auftreten und keine Gefahr darstellen für Gesellschaften, in denen sie akzeptiert sind als normale Varianten menschlicher Sexualität. Die überwiegende Meinung von Wissenschaftlern ist, dass es eine starke biologische Komponente bei sexueller Orientierung gibt, die durch die Interaktion von genetischen, hormonellen und Umweltfaktoren beeinflusst werden kann. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass sexuelle Orientierung, ob heterosexuell, homosexuell oder anders, eine freie Wahl ist.“

Die internationale Menschenrechts-NGO „Human Rights Watch“ schrieb einen offenen Brief an Indonesiens Präsidenten Joko Widodo:

„Wir rufen Ihre Regierung dazu auf, Führung zu zeigen durch öffentliche Stellungnahme: Die Rechte aller Indonesier müssen respektiert werden, inklusive LGBT. Reformen müssen diese marginalisierte Minderheit schützen statt sie zu verfolgen.“

Aber der wichtigste Mann im Staat, Präsident Joko Widodo, der von allen Jokowi genannt wird, schweigt bislang. Er war früher Bürgermeister der Stadt Solo und dann Gouverneur von Jakarta. 2014 trat Jokowi zusammen mit dem Geschäftsmann Jusuf Kalla zur Präsidentschaftswahl an. Sie gewannen, seitdem ist Jokowi Präsident und Kalla sein Vize. Im Wahlkampf hatte sich die LGBT-Gruppe GAY

NUSANTARA für das Gespann Jokowi und Kalla eingesetzt. Laut GAYa Nusantara Gründer Dede Utomo teilten Jokowi und Kalla die Vision einer Gesellschaft, die Menschenrechte und sexuelle Vielfalt respektiert. *„Jokowi hatte schon in Jakarta unsere Transgender-Freunde besucht“*, sagte Dede Utomo. Jokowi selbst bekannte sich im Wahlkampf ausdrücklich zu Pluralismus in Indonesien, allerdings ging es im Wahlkampf um religiösen Pluralismus. LGBT war kein Thema. Im schriftlichen Wahlprogramm *„verpflichteten“* sich Jokowi und Kalla, die Rechte von *„marginalisierten Gruppen“* zu schützen.



Wahlplakat des Präsidentschaftskandidaten Jokowi 2014: *„Wahrer Nationalismus muss Pluralismus respektieren“.*

Foto: Stiftung für die Freiheit

Der amerikanische Psychiatrie-Verband hatte 1973 festgelegt, dass Homosexualität keine mentale Störung sei. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) kann sexuelle Orientierung alleine nicht als Störung angesehen werden.

Möglicherweise beteiligt sich Präsident Jokowi nicht an der aktuellen Debatte, weil er um seine Popularität fürchtet. Dabei könnte er sich einiges erlauben, denn derzeit finden 70% der Indonesier ihren Präsidenten gut. Beim Thema LGBT schickte Jokowi seinen Vize Jusuf Kalla vor. Der stoppte zwar leider wie erwähnt das

UN-Projekt gegen Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt gegen die LGBT-Community. Aber gleichzeitig ist Kalla einer der wenigen Politiker in Indonesien, die LGBT nicht als „krank“ oder „nicht normal“ diffamiert: *„LGBT ist Privatsache. Es passiert oft, es ist normal. Wir halten es für normal, solange es privat bleibt. Es wird ein Problem werden, wenn LGBT eine Bewegung wird, die Andere betrifft.“* Damit folgt der Vizepräsident einer Linie, die in Indonesien auch für religiöse Minderheiten wie Ahmadiyah und für Schiiten gilt. Sinngemäß: *„Wir sind nicht mit Euch einverstanden, erkennen Eure Freiheitsrechte jedoch wohl oder übel an, aber bleibt bloß im stillen Kämmerlein und bekehrt ja keine anderen Bürger“*. Diese Politik hat zu Übergriffen, Morden und Vertreibungen von Anhängern der Ahmadiyah und von Schiiten geführt. Bei solch schlimmen Vorfällen schauten Polizisten und Lokalpolitiker zu – ihnen ist die Mehrheitsmeinung und –stimmung in der Regel wichtiger als Minderheitenschutz. Es gibt erfreuliche Ausnahmen. Im vergangenen Jahr kündigte der Polizeichef der Provinz Westjava an, Gläubige der Ahmadiyah, Schiiten und andere religiöse Minderheiten zu schützen. Später bewachten Polizisten dort tatsächlich Festivitäten am Aschura-Tag, dem höchsten Feiertag der Schiiten. Indonesiens Polizeichef erinnerte

seine Beamten in einem Rundschreiben daran, dass Hassreden unter Strafe stehen, und zwar ausdrücklich auch solche, bei denen es um sexuelle Orientierung geht.

Hoffentlich verschwindet das LGBT-Thema einfach wieder

Weil Unterstützung viel seltener ist als Diskriminierung, sind Indonesiens LGBT seit Beginn des aggressiven Diskurses verunsichert. Manche sind empört.

„Wir hatten uns ja lange eine Diskussion über unsere Rechte gewünscht, aber nicht so eine bedrohliche. Jetzt hoffen wir, dass das LGBT-Thema einfach wieder verschwindet und dass man uns wieder in Ruhe lässt“,

sagt ein Schwuler in Jakarta. Ende März kam die erste Nachricht, die Optimisten als den Beginn einer Lernkurve interpretieren könnten: Indonesiens Gesundheitsministerin will prüfen, ob die Einschätzung des nationalen Psychiaterverbandes, Homosexuelle und Bisexuelle seien *„Personen mit mentalen Problemen“*, aufrecht zu erhalten sei.

Moritz Kleine-Brockhoff ist Projektleiter, Sinta Suryani Referentin im Indonesien-Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Jakarta.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
- Referat Asien und Menschenrechte -
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam

menschenrechte@freiheit.org
www.freiheit.org